

## Schwarz-gelbes Desaster im Quadrat

Von Ernst Dieter Rossmann

Dass Schwarz-Gelb in Kiel eine desaströse Politik für Schleswig-Holstein macht, muss den Menschen nicht groß erklärt werden. Auch wenn Schwarz-Gelb in Kiel jetzt den Carstensen-Kubicki-Haushalt durch das Parlament gebracht hat, wissen die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, dass hier kein Segen drauf liegt. Was hat Schwarz-Gelb in Berlin aber für das Land getan? Oder besser: Was hat es dem Land angetan?

**1. Die Bundesregierung war teuer für das Land.** Allein 130 Millionen Euro haben das Land und die Kommunen die teuren Klientelgeschenke an Mövenpick-Hoteliere und reiche Erben gekostet. Auch wenn Schwarz-Gelb davon nichts mehr hören will: Die von Schwarz-Gelb selbstgegrabenen Haushaltslöcher sind da und sie haben selbst auch nicht die Kraft,



Am 17. Juni 2010 demonstrierte ein Bündnis verschiedener Sozialverbände gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung.  
Foto: SPD Schleswig-Holstein

diese Löcher wieder zuzuschütten.

**2. Die Bundesregierung war sozial ungerecht zum Land.** Die Streichung von Elterngeld für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, macht mehrere tausend arme Familien in Schleswig-Holstein noch ärmer. Das gleiche gilt für die Kürzungen beim Wohngeld, bei den Rentenzuschüssen und bei der Arbeitsmarktförderung. Den Armen nehmen und den Reichen geben: Damit hat Schwarz-Gelb die soziale Spaltung auch in Schleswig-Holstein vertieft.

**3. Die Bundesregierung war ernüchternd für das Land.** Was hatte Schwarz-Gelb nicht alles in Aussicht gestellt, von der zügigen Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals und der Schleusen bis zum Ausbau des

Nahverkehrssystems und der Regionalanbindung in der Metropolregion. Dafür wird jetzt immer klarer: Der sogenannte „Austermann-Plan“ zur Nahverkehrsanbindung in der Metropolregion war reine Wahlkampffassade. Berlin streicht den Ausbau der S4, und die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals gerät auf die lange Verschiebebank.

**4. Die Bundesregierung war ein linkischer Ausputzer für das Land.** Nachdem Schwarz-Gelb in Kiel die Universität Lübeck an die Wand fahren wollte, trat Schwarz-Gelb in Berlin als Ausputzer in letzter Minute auf den Plan. Nur mit welchen Folgen für die Wissenschaftsorganisation und die hoch angesehene Meeresforschung in Schleswig-Holstein? Und nachdem Schwarz-Gelb in Kiel die

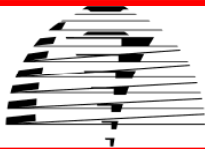
Minderheiten unter Feuer genommen hatte, sollte Bundesgeld die Scharte wieder auswetzen. Doch mit welchen andauernden Diskriminierungen für die dänische Minderheit in Deutschland und die deutsche Minderheit in Dänemark ist dies verbunden?

**5. Die Bundesregierung hat der Zukunft in Schleswig-Holstein Bären Dienste erwiesen.** Um der Atomlobby zu gefallen, wurden die Laufzeiten für die Reaktoren in Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf verlängert. Mit dieser Zukunftsbremse wird das Umsteuern auf Erneuerbare Energien und Energieeinsparung massiv gestört. Und Schleswig-Holstein lebt länger mit der Unsicherheit von Risikokraftwerken und Atommüllproduktion.

- Fortsetzung auf Seite 2 -

### Weitere Themen dieser Ausgabe

- Die Weihnachtsumfrage Seite 3
- Mehrgenerationenhäuser vor dem Aus? Seite 4
- Traditionsschiffahrt in Gefahr Seite 5
- Gründung des BSLN-Forums Seite 6
- Gute Hochschulpolitik geht anders! Seite 7
- Gespräch mit dem DGB-Nord Seite 8
- Zukunft der Bundeswehr Seite 10



- Fortsetzung von Seite 1 -

6. Die Bundesregierung hinterlässt viele offene Baustellen. Hatte Schwarz-Gelb nicht so getan, als ob Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung und A20-Ausbau mit Elbuntertunnelung ganz einfach und schnell zu finanzieren sein würden? Auf die Antwort hierzu haben die Schleswig-Holsteiner auch im Jahr 2010 vergeblich gewartet.

Hatte Schwarz-Gelb nicht mit voller Inbrunst die Bildungsrepublik ausgerufen und wollte Bund und Länder zu einer neuen Bildungskoooperation führen? Auf ein neues Bund-Länder-Programm für Schulsozialarbeit und gute Ganztagschule wartet Schleswig-Holstein aber auch noch immer vergebens.

Hatte Schwarz-Gelb nicht die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Angebote effektiver und zielgenauer machen wollen? Stattdessen müssen die Arbeitsagenturen im nächsten Jahr mit deutlich weniger Mitteln ihre schwierige Aufgabe von Vermittlung, Förderung und Qualifizierung leisten.

Fazit: Schwarz-Gelb im Jahr 2010 war gut für die Hoteliers-Klientel, die Erben-Klientel, die Atom-Klientel und die Banken-Klientel. Aber gute Klientelpolitik muss noch nicht gut sein für das Land. Wem das zu schwarz-weiß gezeichnet ist, wollen wir gern antworten: Aber schwarz-gelb ist es doch ganz gewiss.

**Schwarz-Gelb regiert - Schleswig-Holstein verliert!**

## Schwarz-Gelb spielt nationale Minderheiten gegeneinander aus

*„Wenn der Bund und das Land weiterhin bei den Zuschüssen für die Minderheiten kürzen, bleibt von der vielbesungenen deutsch-dänischen Minderheitenpolitik in wenigen Jahren nur noch ein Schatten“, so hat die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Anke Spoorendonk, die radikalen Kürzungen von Schwarz-Gelb in Berlin und Kiel kommentiert. - Die Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein war in den vergangenen Monaten im Bundestag wie im Landtag Gegenstand heftigster Diskussionen. Denn das unsoziale Spardiktat von Schwarz-Gelb trifft die Minderheiten nicht nur „bis ins Mark“, es versucht sogar, sie gegeneinander aufzuwiegeln!*

Im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2011 war die Förderung der deutschen Minderheit überraschend um 1,5 Mio. Euro gekürzt worden. Das veranlasste die SPD-Landesgruppe in Kontinuität einer verlässlichen Minderheitenpolitik auf Grundlage der Bonn-Kopenhagener-Erklärung, am 7. Juli die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Piper (FDP) im Plenum des Bundestages über eine Dreiviertelstunde durch hartnäckiges Nachfragen zur Minderheitenförderung öffentlich ins Kreuzverhör zu nehmen.

Am 30. September trafen wir Bundestagsabgeordnete uns mit Vertretern beider Minderheiten im Reichstag, um uns strategisch abzustimmen, denn auch im Kieler Landtag standen zeitgleich millioenschwere Kürzungen bei der dänischen Minderheit auf der Tagesordnung. Beschwerden über die Kürzungen erreichten uns Abgeordnete in Berlin und Kiel via Telefon, Brief, E-Mail, in Gesprächen und über die Presse. Die Empörung war zu Recht riesengroß. Fakt ist: die SPD hat am 10.11. im Haushaltsausschuss eine Aufstockung der Mittel um 750.000 Euro bean-

tragt, was Schwarz-Gelb zusammen mit den Grünen ablehnte.

Immerhin ist die Koalition angesichts des politischen Drucks von deutscher wie dänischer Seite letztlich insoweit „eingeknickt“, dass sie die Absenkung zumindest in Höhe von 500.000 Euro rückgängig gemacht hat, wofür sie dann die Unterstützung aller fünf Fraktionen erhielt. Fazit: Es bleibt im Bundeshaushalt bei einer massiven Kürzung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig um 250.000 Euro gegenüber 2008 und um einer Mio. Euro gegenüber 2009/2010.

### Zukünftige Finanzierung nicht gesichert

Als „Überraschungscoup“ präsentierte Schwarz-Gelb dann als Tischvorlage einen neuen Änderungsantrag, der den Titelzweck der „sozialen und kulturellen Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig“ auf den Dänischen Schulverein pauschal ausweitete und den Ansatz um 3,5 Mio. Euro erhöhte – ohne jede Zweckbindung der Mittel, so dass von den insgesamt in dem Titel zur Verfügung stehenden Mit-



Bettina Hagedorn, MdB

teln mehr für den dänischen Schulverein und weniger für die deutsche Minderheit hätten ausgegeben werden können – Dynamit für die Solidarität der Minderheiten! Diese politische Absicht von Schwarz-Gelb lag auf der Hand, da dem dänischen Schulverein von der Kieler Landesregierung insgesamt 4,7 Mio. Euro gekürzt werden sollten.

Wir Sozialdemokraten haben es in der Sitzungshetik immerhin noch geschafft, einen klärenden Haushaltsvermerk für 2011 aufzunehmen, der die Leistungen an die einzelnen Minderheiten festschreibt, damit kein Zwist zwischen den Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze geschürt wird. Schlimm ist: Damit haben CDU/CSU und FDP zwar per Bundeshaushalt 2011 der Kieler Landesregierung bei einer Kürzung von Landesmitteln „aus der Patsche geholfen“ - aber was wird 2012? Wir Sozialdemokraten stehen für eine verlässliche Minderheitenförderung und wollen nicht, dass sich die Koalitionsfraktionen in Berlin und Kiel in einem unwürdigen Ping-Pong-Spiel aus ihrer Verantwortung stellen.

**Bettina Hagedorn**

## Von Glühwein, Gänsebraten und leuchtenden Kinderaugen

### - Die Weihnachtsumfrage -

**Was versetzt Dich in der Adventszeit in Weihnachtsstimmung?**

**Bettina Hagedorn**

Wenn ich – wie dieses Jahr – mit meiner zweijährigen Enkelin Leni am Adventssonntag im Garten einen Schneemann bauen und mit ihr auf dem Schlitten durch verschneite Wälder stapfen kann, wir uns hinterher zu Hause bei Tee, Stollen und Kerzenlicht aufwärmen und zusammen Weihnachtslieder singen – dann kommt bei mir Weihnachtsstimmung auf.

**Gabriele Hiller-Ohm**

Mit Freunden nach einem langen Spaziergang durch verschneite Natur am knisternden Kaminofen sitzen, Marzipanstollen essen und Weihnachtstee trinken.

**Sönke Rix**

Leuchtende Kinderaugen, Weihnachten mit Rolf Zuckowski, Spaziergänge im Schnee und Gänsebraten mit Rotkohl.

**Ernst Dieter Rossmann**

So richtig in Weihnachtsstimmung komme ich immer erst sehr spät. An den zwei Tagen vor Heiligabend sind unser Hochzeitstag und der Geburtstag meiner Frau und bei unseren gemeinsamen Unternehmungen stimmen wir uns zusammen auf das Weihnachtsfest ein.

**Franz Thönnnes**

Glühwein, Reibepfannkuchen und die CD von Nils Landgren „Christmas with my Friends“.

*In den Sitzungswochen in Berlin jagt häufig von morgens bis spät abends ein Termin den anderen und auch im Wahlkreis sind besinnliche Momente im Dezember rar. Wir wollten deshalb wissen: Wie und wobei kommen die Abgeordneten trotzdem in Weihnachtsstimmung?*

*Auf den Fotos sind Impressionen der Weihnachtsfeier der Landesgruppe zu sehen. Kulinarisch waren wir in diesem Jahr im Land des amtierenden Fußballweltmeisters zu Gast. Also gab's Gambas statt Gans. Bleibt nur die Frage: Was kommt bei unseren MdBs Heiligabend auf den Tisch? Die Antworten finden Sie in der rechten Spalte.*

*Die Landesgruppe wünscht allen Leserinnen und Lesern ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2011!*



**Was kommt bei Dir und Deiner Familie Heiligabend auf den Tisch?**

**Bettina Hagedorn**

Am Heiligabend gibt es in meiner Familie eigentlich traditionell ein Fleischfondue – das garantiert ein langes gemeinsames Essen mit viel Zeit zum Klönen. In diesem Jahr gibt es – mit Rücksicht auf die Aufregung meiner Enkelin Leni – ihr Lieblingsessen: Brathähnchen (aus der Nachbarschaft unseres Dorfes), traditionell natürlich mit viel selbstgemachtem Rotkohl.

**Gabriele Hiller-Ohm**

Vegetarisches Raclette.

**Sönke Rix**

Selbstgebackene Plätzchen und abends bringt jeder Gast was mit: Soljanka, Würstchen, Kartoffelsalat usw.

**Ernst Dieter Rossmann**

Das steht noch nicht fest, weil wir dieses Jahr in Israel sind. Ich bin gespannt, was die Speisekarte hergibt.

**Franz Thönnnes**

Tortellini in Brodo, Fränkische gefüllte Ente mit Kartoffelklößen und Blaukraut, Ziegenkäse in Blätterteig auf Erdbeer-Rhabarber-Sauce.



Nach der letzten Abstimmung im Plenum um 20.20 Uhr war endlich Zeit zum Klönen und Feiern. Hier zu sehen Franz Thönnnes und Sönke Rix im Gespräch. Später um null Uhr ließen alle mit einem Geburtstagsständchen unseren jüngsten Abgeordneten hochleben: Prost Sönke!



Ein weiteres Highlight der Weihnachtsfeier: Jana Steinert aus dem Büro von Bettina Hagedorn glänzte mit einer täuschend echten Imitation der Auftritte des von Sachkenntnis nur wenig belasteten Verkehrsministers Ramsauer im Haushaltsausschuss. Ähnlich unterbelichtet auch Familienministerin Schröder, hier dargestellt von Thies Grothe, ebenfalls Büro Hagedorn.



## CCS-Pilotgesetz

„Ob in einem Land CO<sub>2</sub> unter der Erde verpresst und gespeichert wird, muss politisch in dem jeweiligen Bundesland entschieden werden!“ Diese klare Position des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein vertreten vehement die Mitglieder der Landesgruppe bei einem Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber zum Thema CCS.

Der Fachpolitiker erklärte, dass die SPD-Bundestagsfraktion diese Forderung für ein Pilotgesetz, das die Erprobung der Technologie regeln soll, unterstützt. Für ein im Fall der erfolgreichen Erprobung zu erarbeitendes CCS-Gesetz hält er persönlich eine Länderklausel allerdings für kontraproduktiv.

Ein neuer Entwurf aus dem Hause Röttgen steht derzeit noch aus. Die bisher vorgelegten Gesetzentwürfe hätte die SPD-Fraktion allerdings abgelehnt. „Da sollte nicht nur die Erprobung, sondern auch gleich das weitere Vorgehen festgelegt werden. Ohne die Erkenntnisse aus der Erprobung ist das mit uns nicht zu machen“, so Kelber. (nb)

## Impressum

### Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann,  
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

### Redaktion & Layout

Nadine Brockmann  
Landesgruppenbüro:  
PLH, 7.144, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76817

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

### Schlusskorrektur

Sarah Ganter  
Büro Günter Gloser, MdB

## Mehrgenerationenhäuser vor dem Aus?

**Ab Herbst 2011 laufen die Fördermittel des Bundes für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser sukzessive aus. Derzeit werden in Schleswig-Holstein 16 Häuser aus Mitteln des Bundes und teilweise aus ESF-Mitteln gefördert. Die SPD-Bundestagsfraktion will verhindern, dass Häuser schließen müssen.**

Die zuständige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) verspricht bisher vieles und hält wenig: Ein Anschlusskonzept liegt noch immer nicht vor, die Bundesregierung verschläft die notwendigen Anpassungen und riskiert so das „Sterben“ von Mehrgenerationenhäusern, die noch keine Anschlussfinanzierung haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion will verhindern, dass ab Herbst 2011 die ersten Häuser schließen müssen. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel ist eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit von verschiedenen lokalen Akteuren notwendig. Deshalb hat sie kürzlich hat den Antrag „Mehrgenerationenhäuser erhalten und

weiterentwickeln – Prävention stärker fördern“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Damit verfolgen wir ein Konzept unter dem Schwerpunkt der Präventionsförderung. Alle bestehenden Mehrgenerationenhäuser sollen in die Lage versetzt werden, ihre Angebote gezielt zu erweitern. Bestehende Kompetenzen und Potenziale vor Ort sollen damit gesichert werden. Wir wollen, dass die Träger weiterhin alle Generationen ansprechen und ihre eigens gewählten Ausrichtung (z.B. Kinderbetreuung, Familienbildung oder spezielle Angebote für die ältere Generation) umsetzen können. Ob Kinder, Jugendliche, Familien, Seniorinnen und Senioren oder Menschen mit



Sönke Rix, MdB

Migrationshintergrund – Prävention und Gesundheitsförderung sind für alle Lebenslagen und in allen Lebenslagen wichtig und werden künftig noch an Bedeutung gewinnen.

Eine Auflistung der bundesweit geförderten Mehrgenerationenhäuser steht im Internet unter: [http://www.mehrgenerationenhauser.de/coremedia/mgh/de/Downloads/Gesamtliste\\_MGH\\_Juni10.pdf](http://www.mehrgenerationenhauser.de/coremedia/mgh/de/Downloads/Gesamtliste_MGH_Juni10.pdf).

Sönke Rix

## Programm „Soziale Stadt“ um Millionen gekürzt

Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete und stellv. haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Bettina Hagedorn, reagiert erstaunt und empört auf Äußerungen von CDU-MdB Ingo Gädechens in der Presse, mit denen er suggeriert, CDU und FDP hätten die Mittel für die Städtebauförderung im Bundeshaushalt 2011 erhöht.

Hagedorn: „Schwarz-Gelb hat entgegen der Darstellung von Herrn Gädechens die Städtebauförderung im Haushalt 2011 um 25 Prozent gegenüber 2010 gekürzt. Wie ein Blick in die

öffentlich zugänglichen Regierungsentwürfe für den Haushalt 2010 beweist, standen im ersten Haushaltsentwurf von Peer Steinbrück noch 686 Mio. Euro für Städtebauförderung im Etat. Dieser wurde von CDU und FDP bereits im März auf rund 600 Mio. Euro und jetzt nochmals um 150 Mio. auf 455 Mio. gekürzt. Die erneute Kürzung geht überwiegend zulasten des erfolgreichen Programms „Soziale Stadt“, das von 95 auf 28,5 Mio. Euro zusammengestrichen wird. Wer diesen Vorgang als ‚Erhöhung‘ bezeichnet, kann entweder nicht rechnen oder – noch schlimmer

– belügt bewusst Bürgerinnen, Bürger und engagierte Kommunalpolitiker!“

Richtig ist, dass Schwarz-Gelb die Städtebauförderung ursprünglich sogar auf 300 Mio. Euro halbieren wollte und von diesem Plan erst nach erbittertem Protest nicht nur der SPD im Haushaltsausschuss abgegangen ist.

Hagedorn: „Die Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ ist vor allem eine Katastrophe für Städte, die sich gegen Ghettobildung mit einer Kombination aus baulichen und sozialpädagogischen Maßnahmen präventiv engagiert haben.“

## Traditionsschifffahrt in Gefahr

*Meer, Küste, Hafen – wer denkt da nicht sofort an die schönen alten Segelschiffe, die in Schleswig-Holstein von vielen Gästen bestaunt werden? Schifffahrt hat hier eine lange Tradition, und das maritime Kulturerbe soll auch entsprechend gepflegt werden. Allein im Lübecker Museumshafen kann man 17 Segler anschauen und vor allem auf Schnuppertour in See stechen – noch.*

Denn die Traditionssegler – und damit auch die Museumshäfen in Lübeck, Kiel, Flensburg oder Büsum – sind in Gefahr. Die Berufsgenossenschaft Verkehr (BG Verkehr), die zuständig ist für die Vergabe von speziellen Sicherheitszeugnissen für Traditionsschiffe, fährt seit 2009 einen harten Kurs und spricht den Schiffen immer öfter den Status eines Traditionsschiffes ab. Die rigide Praxis hat so bereits fast ein Zehntel der rund 130 deutschen Traditionsschiffe aus dem Verkehr genommen. In Lübeck fielen der Kriegsfischkutter „Sirius“ und die Galleasse „Fridthjof“ diesem Vorgehen zum Opfer.

Ohne Sicherheitszeugnis aber ist der Fahrbetrieb für mehr als zwölf Gäste verboten, die Schiffe können

dann kaum mehr unterhalten werden. Das entscheidende Problem: Die BG Verkehr legt die Sicherheitsrichtlinie für Traditionsschiffe unbegründet schärfer aus. In dieser ist nicht eindeutig festgelegt, wann es sich um ein Traditionsschiff im historisch-kulturellen Sinne handelt. Dabei hat die Sicherheitsbehörde im Gegensatz zu der früher für die Überprüfung der Schiffe zuständigen Gemeinsamen Kommission für historische Wasserfahrzeuge (GSHW) nicht die Fachkompetenz, um über die genauen historisch-kulturellen Anforderungen zu entscheiden.

Die Bundesregierung sieht hier offensichtlich keinen Handlungsbedarf, wie die Antwort an die SPD-Fraktion auf eine von mir eingereichte Kleine Anfrage zeigt (Bundestagsdrucksache 17/3332). Jetzt müssen vor allem die Städte mit Museumshäfen „Flagge zeigen“ und die Bundesregierung auffordern, wieder eine verlässliche Vergabe von Sicherheitszeugnissen für die Traditionsschiffe zu ermöglichen.

**Gabriele Hiller-Ohm**

## Kahlschlag bei der WSV

Im Oktober flatterte im Haushaltsausschuss als „Tischvorlage“ von CDU/CSU und FDP ein für 13.000 Beschäftigte der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) folgenreicher Beschlussvorschlag auf den Tisch, der die radikale Umstrukturierung und Reduzierung auf eine „Gewährleistungsverwaltung“ zum Ziel hat. De facto soll die WSV zerschlagen, ihre Aufgaben künftig zu 80 Prozent von privaten Firmen erledigt werden. Pikanterweise bezieht sich Schwarz-Gelb mit diesem Beschluss auf einen Bericht aus dem Jahr 2001, dessen Umsetzung wir Sozialdemokraten bisher mit Verweis auf die praktische Untauglichkeit verhindert haben.

Der auf ihre „Kernaufgaben“ konzentrierten WSV droht ein massiver Personalabbau bei den wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge für unsere Küsten und Wasserstraßen im Norden. Dem Beschluss haben neben Schwarz-Gelb auch die Linken und die Grünen zugestimmt. Nur die SPD ist gegen diesen Kahlschlag, denn in den vergangenen 15 Jahren ist die WSV – seit 1998 unter SPD-Federführung behutsam und im engen Dialog mit Beschäftigtenvertretern und Gewerkschaften – bereits modernisiert worden.

Auf einer Personalversammlung der WSV am 16. November in Kiel-Altenholz habe ich als einzige Abgeordnete aus Bund und Land den Beschäftigten Rede und Antwort gestanden – die Mitarbeiter können sich auf die Unterstützung der SPD in der Bundestagsfraktion verlassen!

**Bettina Hagedorn**



Das Traditionsschiff „Sirius“ aus Lübeck darf nicht mehr für den Fahrbetrieb eingesetzt werden

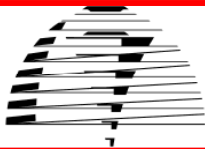
## 7,8 Millionen mehr für Lotsenbetriebe

Am Mittwoch stand die Bewilligung von zusätzlichen 7,8 Mio. Euro für die Lotseinrichtungen auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Die stv. haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Bettina Hagedorn, nimmt die vom Verkehrsministerium beantragte überplanmäßige Ausgabe zustimmend zur Kenntnis. Sie hatte Ramsauer bereits am 23. November bei der Plenardebatte zum Verkehrshaushalt 2011 mit einer

Zwischenfrage aufgefordert, zur Unterfinanzierung und zu den akuten Liquiditätsproblemen der Lotseinrichtungen Stellung zu beziehen.

Hagedorn: „Ich bin erleichtert, dass sich der Verkehrsminister auf Druck der SPD endlich in Bewegung gesetzt hat, so dass die Arbeit der Lotsenbetriebsvereine mit ihren 220 Mitarbeitern jetzt wieder auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt ist. Es bleibt trotzdem die Frage, warum der Verkehrs-

minister erst dann reagiert, wenn die Mitarbeiter des Lotsenbetriebs an der Küste bereits mit dem Rücken an der Wand stehen, anstatt professionell und seiner Fürsorgepflicht als Fachminister nachkommend, der vorhersehbaren Enge bei der Betriebskostenausstattung rechtzeitig entgegenzusteuern. Die im Antrag vom Finanzministerium genannten Gründe für die überplanmäßige Ausgabe sind ja nicht einfach vom Himmel gefallen.“



## Grenzüberschreitenden sozialen Dialog fördern

Franz Thönnies ist als Vertreter der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) im Lenkungskreis eines der Flaggship-Projekte der EU-Ostseestrategie: das „Baltic Sea Labour Network“ (BSLN), dessen Bildung er vor zwei Jahren mit gefördert und unterstützt hat. Das Ziel der im BSLN zusammengeschlossenen Organisationen (u.a. DGB Nord, Arbeitgeberverband Nordmetall) ist es, mit 22 Partnern aus acht Ländern, Strukturen für einen sozialen Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften als Sozialpartner sowie den jeweiligen Regierungen in der Region aufzubauen.

Dazu gehören gemeinsame Büros, Konferenzen und Seminare, Umfragen sowie Informations- und Ausbildungseinrichtungen in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten für Arbeitnehmer und Betriebe. Schwerpunkt sind hier die baltischen Länder.

Am 10. November 2010 traf sich der Lenkungskreis in Hamburg und beschloss zusammen mit dem DGB Nord Vorsitzenden Uwe Polkaehn die Gründung eines „BSLN-Forums“, für die Vertiefung des sozialen Dialoges im Ostseeraum. Mit

Förderung der EU soll es eine permanente Kooperations-Plattform für die Sozialpartner, Regierungen und Politiker bieten.

Franz Thönnies: „Ich freue mich auf den Deutschen Vorsitz des Ostseerates ab dem 1. Juli 2011. Eine hohe

politische deutsche Vertretung auf der BSLN-Konferenz im November 2011 wäre ein schöner Abschluss für das Projekt und würde eine solide Grundlage für zukünftige Kooperationen geben. Das Forum für sozialen Dialog in der Ostseeregion könnte während des Deutschen Vorsizes offiziell gegründet werden.“

Der BSLN-Lenkungskreis wird zusammen mit einem Leitungsteam und dem Koordinationsnetzwerk für Forschungsaktivitäten als Basis für das BSLN-Forum dienen. Der Schwerpunkt wird auf dem sozialen Dialog zu gemeinsam festgelegten Herausforderungen liegen. Das Forum wird als Wissenspool für arbeitsmarktpolitische Themen in der Region dienen sowie zusätzlich benötigte Aktivitäten hierzu unterstützen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.bslabour.net](http://www.bslabour.net).



Der Lenkungskreis des Baltic Sea Labour Networks besuchte die Werft Blohm & Voss in Hamburg, ganz rechts Franz Thönnies

## Flexible Übergänge in den Ruhestand

„Die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft nutzen“, so lautete der Titel eines sozialpolitischen Leit-antrages für den Parteitag der SPD Schleswig-Holstein vor der letzten Bundestagswahl. Eine Expertenarbeitsgruppe um Hans-Peter Bartels, Franz Thönnies, Wolfgang Baasch, Alfred Bornhalm, Gerwin Stöcken und den damaligen DGB-Nord-Vorsitzenden Peter Deutschland formulierte Initiativen für eine moderne Politik des Älterwerdens.

Viele dieser Vorschläge finden sich jetzt in Anträgen der SPD-Bundestagsfraktion wieder. Noch haben wir dafür keine parlamentari-

sche Mehrheit, aber wir machen deutlich, in welche Richtung die SPD will.

In dem Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen – Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ (Bundestagsdrucksache 17/3995) geht es u. a. um diese Themen:

- ▶ Arbeitsplatzgestaltung, die altersgerecht und altersgerecht ist,
- ▶ Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung und Weiterbildung,
- ▶ sozialer Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer,

▶ Teilrente ab dem vollendeten 60. Lebensjahr für diejenigen, die zwar leistungsgemindert sind, aber keinen Anspruch auf Erwerbsminderungsrente haben,

▶ die Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit und die Neuschaffung einer „Altersrente wegen Teilrentenbezug“ ab dem 60. Lebensjahr,

▶ rechtliche Voraussetzungen, damit die Tarifpartner gerade bei belastenden Tätigkeiten durch Zusatzbeiträge des Arbeitgebers Abschläge bei einer vorzeitigen Verrentung vermeiden können.

In dem Antrag „Potenziale des Alters und des Alterns stärken – Die Teilhabe der älteren Generation durch bürgerschaftliches Engagement und Bildung fördern“ (Bundestagsdrucksache 17/2145) fordern wir u. a.:

▶ Es sollen verstärkt berufliche Auszeiten wie Sabbatjahre oder die Anhebung von Altersgrenzen bei Weiterbildung und ehrenamtlichem Engagement unterstützt werden.

▶ Die generationsübergreifenden Freiwilligendienste sind auszuweiten und zu verstetigen und soziale Ungleichheiten des Engagements abzubauen.

**Standpunkt**

**Gute Hochschulpolitik geht anders!**

**Der Alptraum ist vorbei! Die Landesregierung hat ihre Pläne, Studienplätze aus dem Hochschulpakt an andere Bundesländer abzugeben, endlich verworfen! Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein, fällt damit ein Stein vom Herzen: „Die Landesregierung hat wiederholt hochschulpolitisch grob fahrlässig gehandelt.“**

Zunächst hatte sie über 2.000 Studienplätze in Lübeck und Flensburg abbauen und die wichtige Medizinerausbildung in Lübeck abwickeln wollen. Der massive Protest in Lübeck und quer durchs Land sowie das Notgeld vom Bund brachten die Landesregierung zur Vernunft. Und dann wollte sie auch noch 5.000 Studienanfängerplätze des Hochschulpaktes an andere Bundesländer verschenken. „So ruiniert die Landesregierung den Ruf des Hochschulstandorts Schleswig-Holstein endgültig und unwiderruflich“, kommentiert Rossmann diese hochschulpolitischen Amokläufe.

Der Abgeordnete weist dar-

auf hin, dass sogar Bundesbildungsministerin Schavan entsprechende Pläne in Kiel gerügt hatte. Nachdem die



14.000 Bürgerinnen und Bürger gingen am 16. Juni in Kiel gegen die Bildungspolitik der Landesregierung auf die Straße.

Foto: SPD-Schleswig-Holstein

Landesregierung jetzt in letzter Minute von diesen absurden Plänen abgerückt ist, kommt auch in Schleswig-Holstein der Hochschulpakt II aus der Großen Koalition zum Tragen, mit dem von 2011 bis 2015 bundesweit 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze finanziert werden.

Für Schleswig-Holstein bedeutet dies die Einrichtung

von 9.700 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bis 2015. Bund und Land investieren dafür jeweils 96 Mio. Euro. Hier 48 Mio. sparen zu wollen, wäre nach Ansicht von Rossmann sehr töricht gewesen, weil erstens damit dem Land die 48 Mio. des Bundes verloren gegangen wären und zweitens hätte sich Schleswig-Holstein einmal mehr der Verantwortung für die notwendige akademische Fachkräftequalifizierung entzogen.

Rossmann: „Schleswig-Holstein darf hier seine Pflichten nicht auf andere Länder abladen, sondern muss selbst aktiv werden.“ Zumal Schleswig-Holstein im Bundesvergleich sowieso viel zu wenig Studienplätze anbietet.

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein plädiert nicht nur für die uneingeschränkte Beteiligung des Landes am Hochschulpakt II, sondern wirbt auch für eine faire Lösung bei den Studienplätzen, die durch den Wegfall der Wehrpflicht kurzfristig in Schleswig-Holstein fehlen werden.

Bundesweit werden diese auf 54.000 hochgerechnet. In Schleswig-Holstein werden 1.500 zusätzliche Studierende durch den Wegfall von Wehr- und Zivildienst erwartet. Nachdem die Bundesregierung sich erst stellen und die Länder mit diesem Bedarf allein lassen wollte, hat sie auf Druck der Länder und der SPD kurz vor Toresschluss doch noch eingelenkt. Der Hochschulpakt II wird aufgestockt und der Bund ist auch hier mit 50 Prozent dabei. Rossmann: „Schließlich dürfen nicht die jungen Leute und die Hochschulen die Leidtragenden der Bundeswehrreform sein.“

**Engagementpolitik ohne Kompass**

Einen großen Wurf hatte Schwarz-Gelb mit der „Nationalen Engagementstrategie“ versprochen: Entscheidungen und Maßnahmen, die Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement und auf das Ehrenamt haben, sollten besser miteinander abgestimmt werden. Allerdings ist die „Strategie“ zu einer Mogelpackung verkommen. Inhaltlich ist sie nur noch eine Aufzählung engagementpolitischer Maßnahmen der einzelnen Ministerien.

Zur Vorbereitung der Engagementstrategie wurde auf Initiative der SPD das „Nationale Forum für Engage-

ment und Partizipation“ ins Leben gerufen. Über 300 Experten haben daran mitgewirkt. Nach Abschluss der Arbeit wollte das Forum den Stab weitergeben, aber die Bundesregierung hat beim Wechsel gepatzt. Sie hat die Vorschläge ignoriert und weigert sich, die Probleme aus der Praxis wirklich anzugehen.

Schwarz-Gelb hat keine Strategie zum Ausbau der Freiwilligenagenturen, der Selbsthilfeorganisationen und anderer Anlaufstellen. Die Vorschläge zum Zuwendungsrecht, ein wichtiges Thema für die Vereine und Verbände, und zum Ausbau

der Beteiligungsmöglichkeiten wurden auch nicht aufgegriffen. Zentrale Probleme wie die Alterung der Gesellschaft und die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund werden kaum thematisiert. Welche Ziele jetzt noch mit der nationalen Engagementstrategie verfolgt werden sollen, bleibt unklar. Schwarz-Gelb rennt ohne Kompass. Um doch noch Antworten auf drängende Fragen zu bekommen, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Große Anfrage mit insgesamt 70 Fragen gestellt.

Sönke Rix



## Gewerkschafter und MdBs wollen gemeinsam aktiv werden

*Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SPD-Abgeordneten im Norden ist sehr eng und gut. Zwei Mal im Jahr gibt es ein Spitzentreffen von DGB-Bezirksvorstand und den Nord-MdBs - im Sommer in Berlin, im Winter in Hamburg.*

Das jüngste Treffen fand unter der Leitung von Uwe Polkaehn, Bezirksvorsitzender des DGB Nord und Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein, im traditionsreichen Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof in Hamburg statt. Es brachte einmal mehr ganz viel Übereinstimmung und konkrete Verabredungen. Rossmann: „Gemeinsam kämpft es sich besser.“ Aktueller Schwerpunkt ist hier der Schutz gegen Lohndumping, das mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 nicht wachsen darf. Uwe Polkaehn: „Schwarz-Gelb wartet schon viel zu lange mit dem ge-

setzlichen Mindestlohn bei Leiharbeit, mit Equal Pay für gleiche Arbeit und dem Verbot von Ausgründungen zum Lohndumping im eigenen Bereich.“

Jutta Blankau von der IG-Metall verwies auf Betriebe wie die Kröger-Werft mit 40 Prozent Leiharbeit und Abteilungen bei Air Bus mit bis zu 70 Prozent. Blankau: „Das ist Wahnsinn, für die Beschäftigten und letztlich auch für die Betriebe und die langfristig gesicherte Wertschöpfung.“

DGB, Einzelgewerkschaften und SPD wollen deshalb neben der Kampagne gegen Leiharbeit auch die Qualifizierung der Fachkräf-

te zum gemeinsamen Thema machen. Branchenkonferenzen zu Pflege und zur Metall- und Elektroindustrie sind hierzu in Vorberei-

ung. Das Fazit nach einem langen, guten Gespräch: Jetzt geht es von den gemeinsamen Inhalten zur gemeinsamen Aktion!



Jutta Blankau, Lydia Drenckhahn-Dempewolf, Uwe Polkaehn, Gabriele Hiller-Ohm, Gisela Ohlemann, Hans-Peter Bartels,

## Betriebsräte zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion



„Für Vollbeschäftigung kämpfen - für sichere und gesunde Arbeit“ war das Thema der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Dezember, zu der die SH-MdBs Arbeitnehmervertreter aus ihren Wahlkreisen eingeladen hatten. Bettina Hagedorn begrüßte Siegmund Neumann (Fehmarn) und Joachim Luplow (Heide); bei Gabriele Hiller-Ohm waren

Rüdiger Maas, Harald Struck, Hans-Georg Gresing (Lübeck) und Ralf Johannesson (Groß Grönau) zu Gast. Ernst Dieter Rossmann freute sich über den Besuch von Volkert Baren, Klaus Schomacker (Wedel) und Birgit Schöpp (Tornesch). Franz Thönnies begrüßte Eva-Maria van Drossten und Michaela Pommer aus Bad Oldesloe nach Berlin eingeladen.





## Fraktion vor Ort: Abgeordnete stellen sich der Diskussion

### „Atomkraft ist Brücke in den GAU“

Der Atomausstieg ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens und nicht des Könnens, darüber waren sich die Teilnehmer einer Diskussionsrunde zum Thema Energieversorgung einig. Ernst Dieter Rossmann hatte den stv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber zu diesem Thema nach Pinneberg eingeladen. Co-Referenten waren Prof. Olaf Specht und der regionale IG-Metall Beauftragte Uwe Zabel.

Im Mittelpunkt stand das Energiekonzept der Bundesregierung, das auf einer Prognos-Studie fußt. „Da hat die Bundesregierung versucht, mit Biegen und Brechen die Interessen von Großkonzernen durchzuboxen. Zum Beispiel unterstellt die Studie, dass die Leute bei Verlängerung der AKW-Laufzeiten viel weniger Strom verbrauchen, als beim Ausbau von erneuerbaren Energien“, sagte Kelber.



### Mehr Anerkennung für Pflegekräfte



Sönke Rix, Mitglied im Ausschuss Familien, Frauen, Senioren und Jugend besuchte im November gemeinsam mit Bürgermeister Jürgen Baasch (SPD) die Seniorenwohnanlage am Park in Gettorf.

Rix betonte die Bedeutung von ausreichend qualifiziertem Personal im Pflegebereich: „Der Beruf von Pflegerinnen und Pflegern muss deutlich besser anerkannt werden.“ Auf diesem Weg könnten auch mehr Auszubildende gewonnen werden. Personalplanung sei einer der wichtigsten Aspekte in diesem Bereich.

### Die Zukunft der Arbeit



Der Landesparteitag der SPD hatte im Februar im Antrag „Identität und Weg ins nächste Jahrzehnt – Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein“ beschlossen, dass mit den gesellschaftlichen Gruppen im Land ein Dialog zu verschiedenen Themen unter der Überschrift „In welcher Gesellschaft wollen wir morgen leben und arbeiten“ durchgeführt werden soll. Franz Thönnies hat hierzu eine Diskussionsreihe entwickelt, in der er alle stv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion in den Wahlkreis einlädt.

Gemeinsam mit Hubertus Heil, Carsten Ludwig (Bundesagentur für Arbeit), Michael Gräber (Wolfgang Gräber Feinwerktechnik) und Melanie Meyer (DGB) diskutierte Thönnies im Dezember zum Thema „Zukunft der Arbeit“.

### Was bleibt von der Bundeswehr?

Am 1. November 2010 diskutierten Hans-Peter Bartels, Sönke Rix, Annette Langner und Hans-Jürgen Kreuzburg in der Gaststätte „zum Prinzen“ in Plön mit 80 interessierten Gästen über die Zukunft der Bundeswehr und des Zivildienstes.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Betreuungswahlkreis von Hans-Peter Bartels standen die Perspektiven der Plöner Bundeswehreinrichtungen sowie die Auswirkungen der anstehenden Reformen auf die Arbeitssituation und das Gewerbe des Kreises in dem Falle, dass Einrichtungen geschlossen werden sollten.





## Terrorwarnung – kein Staatsnotstand

Anders als vielfach angenommen gibt es im Grundgesetz ein Notstandsrecht. Danach „kann die Bundesregierung“ unter besonderen Umständen „Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen.“ (Art. 87 a). Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wurde damit vor mehr als 40 Jahren verfassungsrechtlich geregelt. Niemand muss heute so tun, als ob es da eine Lücke gebe.

Und niemals seither mussten wir auf diese letzte Hilfe



Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels, MdB

zurückgreifen, auch nicht auf dem Höhepunkt des RAF-Terrors im Herbst 1977.

Wenn nicht eine Gefahr für den „Bestand“ der Republik

(Art. 91) abzuwehren ist, liegt das Gewaltmonopol im Inneren allein bei der Polizei. Dass dort mit der Begründung „Haushaltskonsolidierung“ von Schwarz-Gelb in Ländern und Bund gerade Personal abgebaut wird, sollte nicht zu einer Verfassungsfrage umgedichtet werden.

Die Bundeswehr jedenfalls taugt nicht als Lückenbüßer: Nicht weil auch sie gerade schrumpft, sondern weil eine Anschlagswarnung im Herbst 2010 kein Anlass zur erstmaligen Ausrufung des Staatsnotstands in Deutschland ist.

*Hans-Peter Bartels*

### - Termin -

**31.01.2011, 19 Uhr,  
Kaltenkirchen:**

**Franz Thönnies** lädt zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Was bleibt von der Bundeswehr“ in das Landhotel Dreiklang ein. Referenten sind u.a. der stv. verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Hans-Peter Bartels** und Korvettenkapitän **Frank Martin**, Sprecher des Wehrbereichskommandos I Küste. Weitere Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Franz Thönnies** unter Telefon 04551/968383 oder [buergerbuero@thoennes.de](mailto:buergerbuero@thoennes.de).

## Bundeswehrreform: Sorge um Standorte in Schleswig-Holstein

Wie sollte die Bundeswehr in Zukunft aussehen? Wo kann gespart werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Besuchs der schleswig-holsteinischen

SPD-Bundestagsabgeordneten in der Rettberg-Kaserne in Eutin. An dem Gespräch im Rahmen einer Klausurtagung der Landesgruppe nahm auch Konteradmiral

Jens-Volker Kronisch, Kommandeur des Wehrbereichs I Küste teil. Abgeordnete und Vertreter der Bundeswehr waren sich darin einig, dass die seitens der Regie-

rung erhofften Einsparungen in Höhe von acht Milliarden Euro so schnell nicht zu erreichen seien. Es sei aber zu befürchten, dass Schleswig-Holstein von der Umstrukturierung besonders betroffen sein wird, da hier bundesweit die größte Standortdichte herrscht.

Der stv. verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Peter Bartels umriss die Vorstellungen der SPD: Die Sozialdemokraten befürworten eine Reduzierung der Truppenstärke auf 200.000 Soldaten. Einsparungen seien unter anderem durch den Verzicht auf nukleare Teilhabe und eine Verringerung der Stablastigkeit möglich.

Nach einem Mittagessen im Offiziersheim des sogenannten Wohlfühlstandorts Eutin setzte die Landesgruppe ihre Klausurtagung mit internen Gesprächen in der Gustav Heinemann Bildungsstätte in Malente fort.



Jens-Volker Kronisch, Bettina Hagedorn, Hans-Peter Bartels, Ernst Dieter Rossmann, Franz Thönnies und Gastgeber Oberstleutnant Matthias Henkelmann vor der Rettberg-Kaserne in Eutin